



Thordies Hanisch, MdL
Odeonstraße 15/ 16, 30159 Hannover

Hannover, den 6. Februar 2018

SPD-Landtagsabgeordnete Thordies Hanisch informiert sich über Eckpunkte des geplanten Verfahrens zur Rekultivierung der Kalihalde in Wathlingen

Sehnde. Bei ihrem gestrigen Besuch bei der Firma K+S Baustoff-Recycling GmbH hat sich die für Lehrte, Burgdorf und Uetze zuständige SPD-Landtagsabgeordnete Thordies Hanisch über wesentliche Eckpunkte des Verfahrens zur Abdeckung der Kalihalde in Wathlingen informiert. Sie besichtigte die weitgehend abgedeckte Halde in Sehnde, die als Referenzprojekt für die Rekultivierung der Halde in Wathlingen gilt. Derzeit läuft das Planverfahren für das Projekt. Im Falle einer Genehmigung durch das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie sollen die Arbeiten 2020 beginnen und nach ca. 20 bis 25 Jahren abgeschlossen sein.

Wie in Sehnde soll nun als nächstes die Kalihalde in Wathlingen mit Ton, aufbereiteten Baustoffen und Mutterboden abgedeckt und schrittweise begrünt und somit rekultiviert werden. „Dies ist die nachhaltigste Lösung zur Minimierung von salzhaltigem Wasser“, betonte Gerold Jahn, Projektleiter für die Haldenabdeckung Wathlingen im Gespräch. Darüber hinaus sei langfristig die Abdeckung und Rekultivierung aller Halden in Niedersachsen geplant.

Für die Haldenabdeckung in Wathlingen werden laut K+S insgesamt ca. 12-14 Millionen Tonnen Abdeckmaterial benötigt. „Verwendet werden hierfür ausschließlich nicht gefährliche Abfälle. Auch eine Vermischung von gefährlichen und ungefährlichen Abfällen ist



gesetzlich ausgeschlossen. Hier entsteht keine Deponie“, erklärte der Geschäftsführer der K+S Baustoff-Recycling GmbH, Ralph Köhler, auf Rückfrage von Hanisch.

Hierfür würden zudem regelmäßig Materialproben auf der Halde entnommen und analysiert. Hanisch begrüßt dieses Verfahren. „Mit den Gutachten über das Material bei der Anlieferung und der zusätzlichen Beprobung auf der Halde kommt K+S seiner Nachweispflicht nach“

Angesprochen auf das von Anwohnern befürchtete erhöhte Verkehrsaufkommen versprach K+S eine Prüfung von Alternativrouten. „Wir haben im Verkehrsgutachten alle Varianten ausgiebig prüfen lassen“, erklärte K+S Pressesprecher Ulrich Göbel. Er bot zudem an, konkrete Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zum Vorhaben zu beantworten und wies noch einmal auf die Möglichkeit der Unterlageneinsicht hin. Die gesamten Unterlagen zum Verfahren liegen derzeit in den betroffenen Gemeinden aus und sind im Internet auf der Seite des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie abrufbar.

Hanisch bedankte sich zum Abschluss des Termins für die Informationen. „Ich bin froh, dass die K+S GmbH meine sehr konkreten Nachfragen schlüssig beantwortet hat und sich offen für die Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern zeigt. Das dies in einem laufenden Verfahren bei öffentlichen Veranstaltungen aus rechtlichen Gründen nicht geschehen kann, scheint nachvollziehbar“, sagte Hanisch.